

Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Schulz, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6074 –

Wirtschaft stärken – Nationales Raumfahrtgesetz für Deutschland

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, ein nationales Raumfahrtgesetz zu verabschieden, um Rechtssicherheit für Unternehmen der deutschen Wirtschaft bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder in der Raumfahrt zu schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6074 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6074** wurde in der 194. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD schickt voraus, im Bereich der Raumfahrt habe sich eine Hoch- und Spitzentechnologiebranche als fester Bestandteil der deutschen Wirtschaft entwickelt, die ein wesentlicher Treiber von strategischen Schlüsselinnovationen sei. Den vielfältigen Anwendungspotenzialen im Bereich der Raumfahrt werde zudem eine starke politisch-strategische Relevanz zugeschrieben. Einige europäische wie auch außereuropäische Staaten hätten bereits Raumfahrt- bzw. Weltraumgesetze erlassen, um damit sowohl der fortschreitenden technologischen Entwicklung als auch der zunehmenden Privatisierung sowie Kommerzialisierung von Weltraumaktivitäten in der nationalen Gesetzgebung Rechnung zu tragen. Dem zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP geschlossenen Koalitionsvertrag fehle es allerdings an der konkreten Absicht, ein nationales deutsches Raumfahrtgesetz vorzulegen.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, ein Raumfahrtgesetz vorzulegen, das vergleichbar mit dem Satellitendatensicherheitsgesetz für privatwirtschaftliche Unternehmen der deutschen Wirtschaft Rechtssicherheit schafft und dadurch ermöglicht, neue Geschäftsfelder im Bereich der Raumfahrt zu entwickeln. Dieser Gesetzentwurf solle unter anderem ein Genehmigungsverfahren für nationale kommerzielle Raumfahrtaktivitäten sowie ein Registrierungsverfahren für Weltraumgegenstände nach den Vorschriften für Weltraumverträge vorsehen und Haftungsfragen klären. Weiter solle der Gesetzentwurf zur Wahrung des fairen Wettbewerbs Versicherungspflichten regeln. Zudem solle die Errichtung eines Weltraumbahnhofs als Offshore-Startbereich für Mikrolauncher auf See innerhalb der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) ermöglicht werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion der AfD wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 76. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 121. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 77. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 88. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 65. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 74. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6074 in seiner 84. Sitzung am 6. November 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6074.

Berlin, den 6. November 2024

Bernd Westphal
Berichtersteller